Ad-hoc-Antrag zum Herbstratschlag 2016:

Aufgrund der jüngsten immer schärferen Drohungen von Politikern aus Deutschland und anderen NATO-Ländern mit einer Flugverbotsverbotszone in Syrien, die - wenn sie ohne Zustimmung Russlands erfolgen würde - einen Krieg gegen Russland bedeuten und damit die Gefahr eines Nuklearkrieges erheblich steigern würde, stellt die AG Globalisierung und Krieg folgenden Antrag:

Stoppt die Kriegseskalation in Syrien

Gegen die Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehrmandats

Wir protestieren gegen den Bundeswehreinsatz in Syrien und fordern die Bundestagsabgeordneten auf, gegen eine Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehrmandats in Syrien zu stimmen.

Bereits am 29.11.2015 hat Attac die Bundestagsabgeordneten aufgefordert, gegen die Beteiligung Deutschlands am Syrienkrieg zu stimmen. In der Erklärung mit dem Titel „Kein Kriegseinsatz in Syrien! Attac ruft zu Protest auf / Bundestag muss Militärintervention ablehnen“ [#1] heißt es unter anderem:

- „Wir lehnen alle militärischen Interventionen ab. Der von der Bundesregierung angestrebte Kriegseinsatz ist völkerrechtswidrig.
- Wir fordern den Stopp aller Rüstungsexporte und die Trockenlegung aller Finanzierungsquellen des "Islamischen Staates" sowie anderer terroristischer Milizen.
- Dieser Krieg zerstört nicht nur die Lebensgrundlagen der Menschen im Nahen und Mittleren Osten. Er untergräbt auch die mühsam erkämpften Freiheitsrechte in Europa. Die Opfer von Terroranschlägen und unsere Trauer um sie dürfen nicht instrumentalisiert werden, nicht für neue Überwachungsapparate, nicht für Kriege.“

Darüber hinaus fordert Attac jetzt die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten auf,

- hinzuwirken auf ein Ende der Kriegshandlungen ihrer Verbündeten, insbesondere auf ein Ende der US-Forderung „Assad muss weg“ sowie auf die volle Anerkennung und Einhaltung der Grundsätze des Völkerrechts und der UN-Charta, einschließlich der Achtung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Syriens,
- sich für Verhandlungen und Waffenstillstandsvereinbarungen einzusetzen,
- sich dafür einzusetzen, dass die USA und ihre Verbündeten Rebellen nicht weiter in ihrem Kampf unterstützen
  Waffenlieferungen und andere Formen der Kampfunterstützung führen zu mehr Gewalt gegen Zivilisten und sind im Unterschied zu den Kampfunterstützung der syrischen Regierung durch die russische Regierung, die wir ebenfalls kritisieren, völkerrechtswidrig.
- die Sanktionen gegen Syrien zu beenden, da sie zu noch mehr Not in der Bevölkerung führen,
- die Eskalationspolitik in der Syrien- und Russlandpolitik zu beenden, insbesondere Forderungen nach einer Flugverbotszone zu verurteilen.

Attac ruft zu Protesten gegen die Syrienpolitik der Bundesregierung auf, insbesondere auch dazu, sich an der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ zu beteiligen: Dabei suchen während der bundesweiten „Urgent Action Days“ vom 1. bis 10. November Kampagnenunterstützer*innen in ganz Deutschland das Gespräch mit Abgeordneten aller Fraktionen, um sie zu überzeugen, dass nur ein „Nein“ bei dieser Abstimmung der richtige Beitrag zur Eindämmung des Krieges in Syrien ist. Für das Datum der parlamentarischen Entscheidung am 10. November 2016 ruft die Kampagne zu einer zentralen Protestaktion in Berlin auf.

Begründung

Mit Entsetzen und Abscheu verfolgt Attac seit fünf Jahren den Krieg in und gegen Syrien. Selektive medial hochgepeitschte "Empörung" ist Teil der Feindbild-Konstruktionen und der herrschenden Doppelmoral. Wir sind prinzipiell gegen die "Logik des Krieges" und des Militarismus und engagieren uns für die "Logik des Friedens" überall: in Syrien, im Jemen, im Libyen, in Afghanistan, in Somalia, im Irak.

Wir wissen: Krieg, Waffenlieferungen und ausländische Interventionen schaffen auch in Syrien keinen Frieden. Der Krieg in Syrien hat bereits mehr als 400.000 Todesopfer gefordert und unzählige Menschen verletzt und traumatisiert zurückgelassen. Etwa 12 Millionen Syrer*innen mussten seit Beginn des Krieges ihre Heimatstädte und -dörfer verlassen. Im Westen ist zurzeit die schreckliche Situation in Ost-Aleppo im Fokus der Öffentlichkeit.

Die Kriegshandlungen westlicher Staaten in Syrien geschehen in klarer Verletzung des Völkerrechts. Die US-Forderung „Assad muss weg“ bedroht die Sicherheit der Region und der Welt und erhöht die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und Russland mit dem Potenzial eines Atomkriegs. Gerade durch die westlichen Forderungen nach einer Flugverbotszone – auch von prominenten deutschen Politikern - ist die Gefahr erheblich gestiegen. US-General Joseph Dunford, der Vorsitzende der US Joint Chiefs of Staff, sagte zu der Frage einer Flugverbotszone, das würde es erforderlich machen „Krieg gegen Syrien und Russland zu führen“, um den gesamten Luftraum über Syrien zu kontrollieren. „Das ist eine ziemlich grundsätzliche Entscheidung, die ich sicherlich nicht treffen werde.“ [#2 und #3]

AG Globalisierung und Krieg

Quellen:
#1: http://www.attac.de/neuigkeiten/detailansicht/news/kein-kriegseinsatz-in-syrien
#2: Jakob Augstein: Sicherheitsrisiko Clinton, Spiegel Online, 20.10.2016.
#3: Trump: Clinton's foreign policy plan would start WW3, BBC, 26.10.2016.